

B E S C H L U S S

Bezirksamt Pankow von Berlin

Beschlussgegenstand: Entwicklung des ÖPNV im Bezirk Pankow

Beschluss-Nr.: VIII-1791/2021 Anzahl der Ausfertigungen: 8

Beschluss-T.: 16.02.2021 Verteiler:

- Bezirksbürgermeister
- Mitglieder des Bezirksamtes (4x)
- Leiter des Rechtsamtes
- Leiter des Steuerungsdienstes
- Büro des Bezirksbürgermeisters

Das Bezirksamt beschließt:

Die aus der Anlage ersichtliche Vorlage ist der Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben.

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.:
VIII-0327

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

Schlussbericht

Entwicklung des ÖPNV im Bezirk Pankow

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung der in der 12. Sitzung am 17.01.2018 angenommenen Aufforderung der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache Nr.: VIII-0327 –

„Das Bezirksamt wird aufgefordert, bei Zuarbeiten, Stellungnahmen und im Abstimmungsprozess zum Entwurf für die Fortschreibung des Stadtentwicklungsplanes Verkehr (StEP Verkehr) gegenüber dem Senat folgende Position aktiv zu vertreten:

1. Kurzfristige Maßnahmen (Planungsabschluss bis 2021, Realisierung ab 2022)

a) Bei der Verlängerung der Straßenbahntrasse der M2 zur Erschließung des Neubaugebietes »Blankenburg Süd« ist über den S-Bahnhof Blankenburg hinaus der Lückenschluss zum Bestandsnetz in der Pasewalker Straße vorzusehen.

b) Neubau einer tangentialen Straßenbahnnetzergänzung zwischen Bhf. Pankow und Pasedagplatz (über Ortskern Heinersdorf)

2. Mittelfristige Maßnahmen (Planungsabschluss bis 2026, Realisierung ab 2027)

a) Neubau einer Straßenbahntrasse Rathaus Pankow – U-Bhf. Turmstraße (über Wollank-, Pankstraße).

b) Verlängerung des Rosenthal-Astes der Straßenbahnlinie M1 von Rosenthal Nord zum S- und U-Bahnhof Wittenau.

c) Wiederinbetriebnahme der Stammstrecke der »Heidekrautbahn« mit Durchbindung zum Bahnhof Gesundbrunnen. Dabei ist auch der Haltepunkt Blankenfelde wiederherzustellen.

3. Langfristige Maßnahmen (Realisierung bis 2035)

a) Neubau einer Straßenbahntrasse Prenzlauer Berg – Ostbahnhof (über Ostseestr. - Michelangelo Str. - Kniprodestr. - Am Friedrichshain - Friedenstr.) als notwendige tangentielle/radiale Netzergänzung.

b) Neubau einer Straßenbahnnetzergänzung von Am Steinberg/Prenzlauer Promenade bis Pasewalker Straße (mit Wiederaufbau der sog. »Schwarzen Brücke«).

4. Die Planung und der Bau von möglichen U-Bahn-Strecken vom U-Bhf. Osloer Straße bis Pankow Kirche sowie vom Alexanderplatz nach Weißensee werden nicht verfolgt, solange die unter (1.) bis (3.) genannten Maßnahmen nicht umgesetzt sind.

Das Bezirksamt wird gebeten, diesen Beschluss umgehend an die zuständige Senatsverwaltung von Berlin weiterzuleiten.“ –

wird gemäß § 13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Zu den Inhalten des Beschlusses teilte die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz in einem Schreiben von Herrn Streese vom 07.05.2020 an den Bezirksstadtrat folgendes mit:

Nach wie vor bildet der ÖPNV-Bedarfsplan als Teil des Nahverkehrsplans Berlin 2019 – 2023, der im Februar 2019 vom Senat beschlossen wurde, die Grundlage der angesprochenen Infrastrukturvorhaben. Diese Beschlusslage deckt sich in vielerlei Hinsicht mit den von Ihnen genannten Vorhaben:

- Die Straßenbahnverbindung Pankow - Heinersdorf - Pasedagplatz ist als vordringlicher Bedarf eingestuft. Für diese Strecke läuft in der Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz gegenwärtig eine Grundlagenuntersuchung, die in Kürze abgeschlossen wird. Der Bezirk Pankow war im Rahmen des Projektbegleitenden Arbeitskreises an den aktuellen Planungen beteiligt.
- Die Straßenbahnstrecke Rathaus Pankow - Turmstraße und die Wiederinbetriebnahme der Heidekrautbahn sind als dringlicher Bedarf mit vorgesehenem Inbetriebnahme Termin 2031 bzw. 2031 – 35 ebenfalls enthalten. Dies schließt die Wiederinbetriebnahme des Haltepunktes Berlin-Blankenfelde mit ein.
- Die Verlängerung Rosenthal - Wittenau sowie die Straßenbahnstrecke Prenzlauer Promenade - Pasewalker Straße sind als weiterer Bedarf vorgesehen. Sowohl für die übrigen vorgeschlagenen Straßenbahnstrecken als auch für die benannten U-Bahnstrecken gibt es gegenwärtig keine konkreten Planungen zur Realisierung. Die Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz wird die Beschlussfassung der BVV Pankow jedoch in zukünftigen Überlegungen einbeziehen.

Wir bitten, die Drucksache als erledigt zu betrachten.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Vollrad Kuhn
Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung und
Bürgerdienste